

Wunsch für 2024

Löst endlich die wahren Probleme!



Reiner Eichenberger

Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik
an der Universität Freiburg

Für 2024 wünsche ich mir und der Schweiz, dass endlich einige unserer grössten Probleme ernsthaft angegangen werden. Dazu gehören Personenfreizügigkeit, Arbeitskräfte- und Wohnungsmangel. Erstere bringt ein Bevölkerungswachstum, das die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger durch Verknappung und Verteuerung von Land, Infrastruktur, Umweltgüter und Selbstversorgungszielen senkt und den Arbeitskräfte- und Wohnraumangel befeuert. Weil Wirtschaft und Gesellschaft aus den Nähten platzen, fehlen allerorts Personal und Raum.

Doch der Personal- und der Wohnraumangel sind auch eine Folge schlechter Politik, sprich leistungsfeindlicher Steuern und Regulierungen. Dabei kann gegen diese Mängel nur eines helfen: flexiblere Preise. Die Löhne müssen steigen, damit das Arbeitsangebot steigt und die Arbeitsnachfrage sinkt und so der Arbeitsmarkt wieder ins Gleichgewicht findet. Und die Mietpreise müssen freier spielen können, damit das Wohnraumangebot steigt und sich die Nachfrage anpasst und so der Wohnraummarkt wieder ins Gleichgewicht findet. Das klappt umso besser, je schneller gebaut werden kann. Zudem sollte neues Bauland eingezont werden, solange die Bevölkerung schnell wächst. Ansonsten bringt uns die Personenfreizügigkeit nicht Freiheit, sondern Einpferchung.

Freiere Arbeits- und Wohnraummärkte und weniger Personenfreizügigkeit brächten den Bürgern und Bürgerinnen mehr Wohlstand und Lebensqualität. Die Marktkräfte würden die Arbeitnehmenden dorthin lenken, wo sie die höchste Wertschöpfung erzielen, und der Wohnraum würde schnell wachsen und effizienter genutzt. Doch dagegen gibt es eine unheilige Allianz.

Von den unsinnigen Eingriffen in den Wohnungsmarkt profitiert, wer schon eine Wohnung hat und darin bleiben will, wer eine subventionierte Wohnung erhält und all die Systembewirtschafter. Die Leidtragenden sind jene, die eine neue Wohnung brauchen: die Jungen, die Mobilen, neue oder sich auflösende Familien und natürlich die Steuerzahlenden, die die Subventionen bezahlen müssen. Gegen höhere Löhne kämpfen die Wirtschaftsverbände. Sie behaupten, höhere Löhne minderten den Fachkräftemangel nicht. Das ist zwar ökonomischer Unsinn, aber sie wollen halt lieber den Fachkräftemangel als Argument für mehr günstige Zuwanderung pflegen.

Für 2024 sollten unsere Regierungen, Parlamente und Wirtschaftsverbände über die Bücher: Sie sind daran, die Erfolgsgrundlagen der Schweiz – freie Märkte für Arbeit und Wohnraum – für kurzfristige Profite und Vorteile ihrer Klientel auszuhebeln. Wenn sie so wie bisher weitermachen, werden die Kosten für alle riesig.